

II-4282 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 22061J

1991-12-20

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Dr. Partik-Pablé, Dolinschek,
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend den Fall Rudolf S. - Pflegevorsorge

Bereits mit Anfrage 1553/J haben die unterzeichneten Abgeordneten den Bundesminister für Arbeit und Soziales aufgefordert, der einseitigen Berichterstattung der Medien über den Fall Rudolf S. entsprechend entgegenzutreten. Der Bundesminister hat daraufhin mitgeteilt, daß der Behinderte nun im Wagner-Jauregg-Krankenhaus in Linz untergebracht sei und das Land Oberösterreich die erforderlichen Hilfen nach dem oberösterreichischen Behindertengesetz gewähren würde. Offen bleibt für die Anfragesteller, wie die Familie des Behinderten eine bessere Pflege hätte sicherstellen und auch finanzieren können.

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales hat in der Fernsehsendung "Wir" am 10.10.1991 behauptet, die Auszahlung eines Pflegegeldes für alle Behinderten nach der derzeit für die Kriegsgopfer geltenden Regelung würde 40 Mrd. Schilling kosten. Diese Schätzung erscheint den unterzeichneten Abgeordneten wesentlich überhöht, da beispielsweise im Bericht der Arbeitsgruppe "Vorsorge für pflegebedürftige Personen" vermerkt wird, daß nach einer Berechnung des BMAS sich bei einer 12-maligen Auszahlung des Pflegegeldes ein zusätzlicher Finanzbedarf von ca. 6,5 bis 7,5 Mrd. Schilling für geschätzte 300.000 Personen pro Jahr ergeben würde.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Arbeit und Soziales die nachstehende

fpc107/204/anfragen/aspflegevorsorge.gug

A n f r a g e :

1. Wie kann Ihrer Ansicht nach die Pflege eines schwer geistig Behinderten über mehrere Jahrzehnte ausschließlich mit der Familienbeihilfe (wie im Fall S.) bewerkstelligt werden, wenn davon Essen, Kleider, eine Wohnung und gute Pflege finanziert werden sollen?

2. Auf welche Berechnungen stützt sich Ihre Ansicht, daß ein Pflegegeld nach dem Muster der Kriegsopferversorgung Kosten in Höhe von 40 Mrd. Schilling verursachen würde?